

Angst und Schrecken

„Wird also alles besser? Wird die SPD mit ihren Spitzenleuten künftig geschlossen auftreten und handeln? Ich sage nein und hoffe inständig, mich zu irren.“ Das ist der Schlusssatz meines Kommentars vom 15. November zum Fall Saleh. Die letzten fünf Worte des Satzes kann ich – erwartungsgemäß – vergessen.

Wer geglaubt hätte, dass die stundenlange emotionale und tränenreiche Diskussion der SPD-Fraktion mit ihrem Vorsitzenden Raed Saleh am Dienstag dieser Woche irgendetwas gebracht hätte, irrt sich. Kein Umsteuern, keine Einsicht zu einer für alle erträglichen Arbeitsweise und letztlich zum Wohle der SPD und der Regierungsarbeit.

In der BZ war zu lesen: „*Wurden die Schreiber der Abrechnung (gemeint ist der Brief von 14 Abgeordneten an Saleh) abgestraft? Umweltexperte Daniel Buchholz (49) berichtete, dass es für ihn Konsequenzen haben soll, ihm gedroht wurde, er sei politisch tot.*“ Der Tagesspiegel fragt: „*Was bleibt von Raed Saleh?*“ und stellt fest: „*Das ‚System Saleh/Schneider‘ hat ausgedient.*“ Schön wäre es. Nicht nur Daniel Buchholz wurde offen gedroht, auch andere Fraktionsmitglieder haben in den letzten Tagen erfahren, was es heißt, das „System Saleh“ in Frage zu stellen. Auf den Gängen des Abgeordnetenhaus wurden Abgeordnete lauthals beschimpft. Es herrscht ein Klima von „Angst und Schrecken.“

Raed Saleh und seine ihm verbliebenen Getreuen haben nicht verstanden, dass sie dabei sind, die Fraktion in den Abgrund zu stürzen. Eines ist klar, so wie bisher kann es nicht weitergehen. Alle, die vom „System Saleh“ profitiert haben, können sich aber nicht damit abfinden.

Am nächsten Dienstag soll es eine weitere Sitzung der Fraktion geben, auf der die Probleme angesprochen werden sollen. Erst im Januar soll dann auf der Fraktionsklausur weiter diskutiert werden. So lange wird und kann niemand mehr warten wollen.

„*Raed Saleh nur noch SPD-Fraktionschef auf Bewährung*“, schreibt Hildburg Bruns am 15. November in der BZ. Die Bewährungszeit war bereits am 16. November beendet.

Überlegungen, wie es weitergehen kann, gibt es viele, und es werden Namen in den Medien genannt. Da ist die Rede von einer Doppelspitze. Ich persönlich halte von Doppelspitzen in Parteien und Fraktio-

nen wenig. Bei der SPD wäre es aber aus therapeutischen und pädagogischen Gründen dringend geboten. Doch was würde sich ändern, wenn es eine zweite gleichberechtigte Fraktionsvorsitzende an Salehs Seite gäbe? Nichts. „*Der Berliner SPD-Fraktionschef Raed Saleh wird ab jetzt um sein politisches Überleben kämpfen müssen*“, schreibt Ulrich Zawatka-Gerlach, der bislang Saleh in seiner Berichterstattung stets freundlich behandelte, am 15. November im Tagesspiegel. Ja, Saleh kämpft. Mit allen Mitteln und unter Einsatz seiner Bodentruppen.

Dass das Schreiben von 14 Abgeordneten, hinter dem noch mindestens fünf weitere stehen, die nicht unterzeichnet haben, so eine Explosion auslösen könnte, hat niemand erwartet.

Kein Mensch weiß zur Stunde wie es weitergehen kann. Eines wird immer deutlicher. Mit Raed Saleh wird es keinen – so dringend erforderlichen - Neuanfang geben können. Er kommt nicht raus aus seiner Haut und aus seinem System.

„*Raed Saleh muss sich ändern. Oder er wird verändert.* Das System der einsamen Entscheidungen und Beschaffung von Mehrheiten im eigenen Interesse, das der SPD-Fraktionschef bis zur Perfektion entwickelt hat, wird in Zukunft nicht mehr funktionieren. Eine Mehrheit der 38 Genossen, die im Abgeordnetenhaus sitzen, haben ihm in einer denkwürdigen Fraktionssitzung am Dienstag ein großes Stoppschild aufgestellt“, schreibt Zawatka-Gerlach. Deutlicher kann man es nicht sagen. Aber: „*Es ist unklar, ob die Botschaft tatsächlich bei ihm angekommen ist*“, sagt ein Genosse. *Saleh habe einen sehr eigenwilligen Charakter, so jemand ändere sich nicht über Nacht.* (Zitat Tagesspiegel).

„*Ich sehe die Gefahr, dass die rot-rot-grüne Koalition angesichts des Zustands von Partei und Fraktion nicht hält*“, zeigt sich ein Sozialdemokrat besorgt. *Dabei steht so viel Geld bereit, um eine erfolgreiche Politik zu machen. Berlin kann mit noch mehr Steuereinnahmen rechnen als gedacht.*“, schreibt Gudrun Mallwitz in der Berliner Morgenpost.

Die Fraktion ist in ihren Entscheidungen autonom. Kein Parteitag, kein Mitgliederentscheid kann ihr in Personalfragen etwas vorschreiben. Die Fraktion muss ihr Problem selbst lösen. Und ihr größtes Problem ist derzeit ihr Vorsitzender.

Ed Koch